Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei der Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.68
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die siebengespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die vierzigspaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 27. [50. Jahrgang.] Mittwoch den 1. Februar 1911. [50. Jahrgang.] Nr. 27.

Berlin, den 31. Januar.

Politischer Tagesbericht.

Mit Rücksicht auf die in Ostasien eingetretenen gesundheitlichen Verhältnisse hat der Reichskanzler sich verpflichtet gehalten, bei Sr. Majestät dem Kaiser zu beantragen, daß die Reise Sr. Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen für dieses Jahr in Kalkutta ihren Abschluß findet. Der Kronprinz wird demgemäß von Kalkutta aus die Heimreise antreten. Den Höfen in Bangkok, Peking und Tokio, die alle herzliche Einladungen gesandt hatten, ist das Bedauern über diese durch unvorhergesehene Ereignisse herbeigeführte Aenderung der Reisedispositionen ausgesprochen worden, ebenso den Niederlanden und den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Kolonieen ebenfalls auf dem Reiseplan standen.

* * *

Der Abbruch der Reise des Kronprinzen findet in den Nachrichten über die Ausbreitung der Pest seine Erklärung. Die Seuche hat sich in Nordchina bereits so weit ausgedehnt, daß weder ein Besuch in Peking noch die Rückfahrt auf der transsibirischen Eisenbahn mehr in Frage kommen kann. Für die Rückreise war hiernach die Fahrt durch das Rote Meer zu wählen, und zwar so, daß sie noch innerhalb der günstigeren Jahreszeit ausgeführt wird. Unter diesen Umständen mußte auf den Besuch von Siam, China und Japan verzichtet werden. Wir bedauern lebhaft, daß die Verhältnisse es dem Thronfolger nicht gestatten, die befreundeten Höfe von Bangkok, Peking und Tokio zu besuchen und auch sonst Ostasien in dem Umfang, wie es beabsichtigt war, kennen zu lernen.

Aus der Oesterreichischen Delegation.

Exposé des Grafen Aehrenthal.

Budapest, 30. Januar. Der Minister des Aeußeren Graf Aehrenthal gab in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Aeußeres der Delegation des Reichsrates folgendes Exposé:

Die Delegationen haben sich vor wenigen Wochen mit den Fragen der auswärtigen Politik eingehend beschäftigt. Die Situation hat sich in der kurzen Zwischenzeit nicht verändert. Es gibt auch heute glücklicherweise keine Frage, welche für den Frieden Europas gefährlich wäre. Alle großen Mächte sind zumeist mit inneren Problemen beschäftigt und bestrebt, die Beziehungen untereinander vertrauensvoller zu gestalten.

In meiner Rede vom 9. November 1910 in der Oesterreichischen Delegation habe ich mit besonderer Genugtuung die Uebereinstimmung betont, die hier, in der überwiegenden Mehrheit der hohen Delegation, hinsichtlich der Richtlinien der äußeren Politik in der Gegenwart und in der Zukunft besteht. Ich sagte damals, wir wollen die Interessen der Monarchie wahren durch treue Festhalten an unseren Bündnissen und die Pflege guter Beziehungen zu allen Mächten. Nach beiden Richtungen kann ich Ihnen heute das vor wenigen Wochen Erwähnte bestätigen. In besonderen möchte ich auf den warmen Ton verweisen, den die seitenden Staatsmänner der mit uns verbündeten Mächte, Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg und Marchese di San Giuliano, bei Erwähnung der Beziehungen zu uns angeschlagen haben.

In prägnanten und glücklichen Ausdrücken hat der Herr Italienische Minister des Aeußeren die Erhaltung des Friedens und des territorialen Status quo im allgemeinen wie die der Integrität des türkischen Reiches und der Balkanstaaten im besonderen als das Ziel der Dreibundmächte bezeichnet.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 11. Dezember 1910 hat berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Herr v. Bethmann Hollweg war nämlich in der Lage, die Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland in einer Weise zu erläutern, welche jeden Freund der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit Genugtuung erfüllen muß. Er sprach von der Genugtheit Deutschlands, sich mit England durch eine offene und vertrauensvolle Aussprache über die gegenseitigen Interessen zu verständigen; dies sei das sicherste Mittel zur Beseitigung des Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande.

Ueber die Beziehungen zu Rußland und insbesondere über die Potsdamer Entrevue war der deutsche Reichskanzler in der Lage zu konstatieren, daß der dort gepflogene Meinungsaustausch zu einer Annäherung beider Reiche geführt, ohne daß jedoch in der allgemeinen Orientierung ihrer Politik eine Aenderung eingetreten wäre. Diese Annäherung vollzog sich auf dem Gebiete allgemeiner Grundsätze, so unter anderem durch die neuerliche Bekräftigung des Grundsatzes der Erhaltung des Status quo im nahen Orient, ferner durch eine Verständigung über die beiderseitigen Interessen in Persien. Dem zwischen uns bestehenden vertrauensvollen Verhältnisse entsprechend wurde ich vom Reichskanzler über diese Pourparlers eingehend informiert; ich konnte diese Mitteilung nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen und in meiner Erwiderung darauf verweisen, daß die in Potsdam und Berlin bekräftigten Grundsätze überdie im nahen Orient zu beobachtende streng konservative Politik mit unserem bekannten Programm vollständig übereinstimmen. Unsere Interessen in Persien sind keine bedeutenden. Ich glaube indes, daß die deutsch-russische Verständigung über persische Verkehrsfragen beitragen dürfte, das Prinzip der offenen Tür in diesem Lande, welches ja die beiden benachbarten Mächte, Rußland und England, vor drei Jahren feierlich verkündeten, dauernd zur Geltung zu bringen.

Ich habe früher unser Programm im nahen Orient erwähnt. In meiner Rede in der Oesterreichischen Delegation vom 9. November 1910 habe ich dasselbe dahin präzisiert: daß es in unserem Interesse gelegen, die Selbständigkeit und friedliche Entwicklung der Türkei zu fördern, sowie auch die Unabhängigkeit und friedliche Entwicklung der übrigen Balkanstaaten mit vollem warmen Verständnis zu begleiten und ihnen auch einen Rückhalt zu geben. Wie dem hohen Ausschuß erinnerlich sein dürfte, waren dieselben Gesichtspunkte bei dem Gedankenaustausch maßgebend, der zwischen mir und dem russischen Minister des Aeußeren im Frühjahr 1910 zu einem Abschluß gelangte. Diese Uebereinstimmung unserer Anschauungen berechtigt mich zu der Erwartung, daß unsere Beziehungen zu Rußland, welche heute gute sind, auch weiterhin eine befriedigende Gestaltung annehmen werden.

In unserem Verhältnisse mit Frankreich und England, welches ebenfalls ein gutes ist, hat sich keine Aenderung ergeben. In einer vor kurzem gehaltenen Parlamentsrede hat der Herr französische Minister des Aeußeren dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich, wenn sie auch durch ihre Allianzen verschiedenen Machtgruppen angehören, kein Gegensatz der Interessen bestehe; ich kann dieser Auffassung meinerseits nur beipflichten.

Von der Türkei und unserem lebhaften Wunsche nach einer Befestigung der inneren Zustände des Reiches habe ich bereits gesprochen. Wir halten an der Hoffnung fest, daß es der türkischen Regierung gelingen wird, die hier und dort auftauchenden Schwierigkeiten, die mit jedem Regimewechsel unvermeidlich verbunden sind, zu beheben.

In der letzten Tagung der hohen Delegation habe ich die Wichtigkeit hervorgehoben, welche die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten, auch in politischer Hinsicht, für die Monarchie hat. Ich bin nun in der Lage, auf die erfreuliche Tatsache hinzuweisen, daß mittlerweile der neue Handelsvertrag mit dem Königreich Serbien in Kraft getreten ist, und eine Handelskonvention mit dem Königreich Montenegro zu stande gekommen ist, welche demnächst der verfassungsmäßigen Behandlung zugeführt werden wird.

Einleitend habe ich bemerkt, daß derzeit keine Frage von solcher Bedeutung vorliegt, daß sie den Frieden Europas gefährden könnte. Ich halte es aber für meine Pflicht, ebenso wie ich es in meinem Exposé vom Oktober 1910 getan habe, auch heute zu betonen, daß in unserer so rasch lebenden Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zuweilen überstürzt, und im Hinblick auf die selber so leichte Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in allen Staaten der politische Barometer unvermittelt auf schlechtes Wetter zeigen kann. Soll also die auswärtige Politik für die Interessen der Monarchie und für den Frieden erfolgreich eintreten können, muß sie über eine schlagfertige Armee und Flotte verfügen. Ich schließe meine kurzen Ausführungen mit dem Beifügen, daß ich selbstverständlich bereit bin, auf etwaige Fragen der Herren Delegierten im Laufe der Debatte zu antworten.

Generaldebatte über das Budget des Auswärtigen.

Nach dem Exposé des Grafen Aehrenthal begann der Ausschuß die Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren.

Kramarsch erklärte, während seit dem Mürzsteger Abkommen über die brennendsten Fragen der europäischen Politik in Wien entschieden worden sei, liege jetzt der Mittelpunkt dieser Politik unbedingt wieder in Berlin. Durch die Potsdamer Abmachungen habe Rußland Nordpersien für Deutschland geöffnet, das nunmehr vollständigen Einfluß auf die dortigen geltenden Tarife habe. Der Redner bedauerte diese Konzessionen Rußlands an Deutschland. Rußland habe eine aggressive Politik von seiten Oesterreichs auch ohne Potsdam nicht sonderlich zu fürchten brauchen; daß aber Oesterreich nicht eine wirtschaftspolitische Dependance Deutschlands werde, wie es schon seine politische sei, sei gerade auch für Rußland ein Lebensinteresse ebenso wie für die Balkanstaaten, gegen die Oesterreich-Ungarn keine aggressiven Absichten habe. Deutschlands Politik gehe mit Riesenschritten auf das grandiose Ziel der europäischen Vormacht hin, es sei höchste Zeit, an die Zukunft zu denken und dahin zu wirken, daß Oesterreich-Ungarn wieder einige Bewegungsfreiheit erlange, damit es nicht vollends auf eine Schlußrolle stehen müsse für jede Bewegung und jede Geste der deutschen Politik.

Abgeordneter Exner fragte den Minister des Aeußeren, ob Präsident Taft vor der beabsichtigten Einsetzung eines Fünfer-Komitees zum Studium der Abrüstungsfrage mit den Kabinetten der Großmächte sich in Einvernehmen gesetzt habe, und welche Stellung der Minister gegenüber einer derartigen Anregung einnehme.

Graf Aehrenthal antwortete dem Abgeordneten Kramarsch, er stelle mit Vergnügen fest, daß er mit ihm in manchen Beziehungen übereinstimme. Kramarsch habe schon, als er im November eine Unterredung mit ihm im Feuer standen, befanden wir uns natürlich im Zentrum der europäischen Politik, und damals gab es viele Stimmen, speziell in Deutschland, welche über die Führung der auswärtigen Politik unserer Monarchie abfällige Urteile fällten. Wenn jetzt, nach Vollendung der Amerikareise, nach Abschluß der Abmachungen mit Rußland und nachdem sich unsere Beziehungen zu allen Mächten wieder günstig gestaltet haben, Deutschland es ist, welches aus der von uns inaugurierten Politik erheblichen Vorteile zieht, so zu Rußland in ein besseres Verhältnis stellt und mit ihm Besprechungen über wichtige wirtschaftliche Fragen in Persien einleitet, so kann ich mich nicht beklagen, sondern darüber freuen. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß sich auch der Abgeordnete Kramarsch in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat. Es ist für mich auch sehr wichtig, und ich bin Kramarsch speziell sehr dankbar für die wiederholte Betonung dessen, daß er nicht glaubt, daß die österreichisch-ungarische Politik in dem Balkan eine aggressive Ziele verfolge. Ich hoffe, daß diese Erklärung gerade aus seinem Munde zur Beseitigung gewisser Mißverständnisse beitragen wird. Was der Abgeordnete Kramarsch darüber sagte, ist nur die Bestätigung dessen, was ich und meine Amtsvorgänger wiederholt erklärt haben. Ich möchte es sehr begrüßen, wenn der Abgeordnete Kramarsch seinen Einfluß in diesem Sinne speziell auf die slawische Presse der Monarchie ausüben würde, damit sie durch ihre Schreibweise wesentlich zur Befestigung der Meinung, namentlich in Rußland und in den Balkanstaaten, beitseuere, daß unsere Politik im wahren Sinne des Wortes eine konservative Politik ist und keine expansiven Tendenzen verfolgt.

Dr. Kramarsch hat auch über die trostlose Einsamkeit unserer auswärtigen Politik gesprochen und den Wunsch nach Wiedergewinnung ihrer vollständigen Unabhängigkeit geäußert. Trotz meines lebhaften Wunsches kann ich mich in diesem Punkte mit ihm nicht einverstanden erklären. Von einer Isoliertheit in unserer auswärtigen Politik, wie sie der Abg. Kramarsch schilderte, sehe ich nichts. Allerdings ist in Europa seine Großmacht in ihrer auswärtigen Politik vollkommen unabhängig. Die Verhältnisse der europäischen Staaten sind durch ein System von Allianzen und durch die daraus sich ergebenden Verpflichtungen derart ineinander verwachsen, daß man von einer absolut unabhängigen Politik einer einzelnen Macht nicht sprechen kann. Wir sind selbstverständlich in der gleichen Lage wie die anderen Staaten. Gemeinsam mit Deutschland haben wir konservative Interessen zu schützen. Ebenso mit Italien. Ich möchte also, falls der Minister fort, die Erklärungen des Abg. Kramarsch dahin richtig stellen, daß wir unsere eigenen Interessen selbständig wahren.

Was die Bagdadbahn betrifft, welche gewiß sehr wichtig ist, so habe ich keinen Grund, vom Standpunkte unserer auswärtigen Politik jetzt für oder wider zu Stellung zu nehmen. Ich möchte nur die Behauptung des Abg. Kramarsch bezweifeln, daß die Bagdadbahn unseren wirtschaftlichen Interessen so schädlich sein soll, wie der Abg. Kramarsch dies geschildert hat. Bemerken will ich nur, daß unsere Industrieen, während sie gegenwärtig für Artikel nach Persien wegen des Zarifzuges über den Kaukasus noch mit dem russischen Durchgangszoll belastet sind, nur mit dem persischen Zoll belastet werden, wenn nach dem deutsch-russischen Einverständnis eine Verbindung zwischen der Bagdadbahn und den persischen Bahnen zu stande kommt.

In der Angelegenheit der Elbschiffahrt stimme ich mit dem Abg. Kramarsch, der der Erwartung ausgesprochen hat, daß wir in dieser Frage auf unserem Standpunkte verharren werden, überein. Es liegen bekanntlich Ihren Erklärungen der österreichischen Regierung in dieser Beziehung vor, denen ich hier nur hinzufügen kann, daß ich in Besprechungen mit dem österreichischen Ministerpräsidenten unseren Standpunkt ausführlich dargelegt habe und mit ihm darin einig war, daß wir an unseren Anschauungen in dieser Frage festhalten müssen.

Auf die Frage des Abg. Exner, betreffend die Aktion des Präsidenten Taft hinsichtlich der Abrüstungsfrage, erklärte der Minister, er stehe mit den übrigen Kabinetten im Meinungsaustausch über ihre Haltung zu dem Vorschlage Tafts, welchen er zwar mit großem Interesse entgegengenommen habe, ohne sich allerdings verhehlen zu können, daß in einem Zeitalter, wo der Zustand des bewaffneten Friedens allgemein als sicherste Gewähr gegen den Ausbruch von Feindseligkeiten angesehen wird, einer solchen Anregung kaum ein unmittelbarer Erfolg beschieden sein dürfte. Ein solcher Erfolg erscheine ihm, dem Minister, nur möglich, wenn alle in Betracht kommenden Mächte dieser mit Rücksicht auf die stets steigenden und auf den Völkern schwer lastenden Rüstungsausgaben gewiß allgemeinste Sympathie verdienenden Aktion sich anschließen.

Nächste Sitzung morgen.

* * *

Beratung des bosnischen Kredits.

Budapest, 30. Januar. Der bosnische Ausschuß der Oesterreichischen Delegation begann die Beratung des bosnischen Kredits.

Der Ohmann leitete die Debatte mit einer Ansprache ein, in der er hervorhob, die Oesterreicher brächten den neuen Provinzen die wärmsten Sympathieen entgegen und seien bereit, deren berechtigte Wünsche zu fördern, anderseits rechneten sie darauf, daß sich die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina mit den Oesterreichern in Treue für Kaiser und Reich vereinigten und die Oesterreicher fernerhin nicht mehr als Fremde in ihrem Lande ansähen.

Minister Frhr. v. Burian sprach seine Genugtuung über das Bosnien und der Herzegowina bekundete Interesse aus und betonte, die wichtigen des bosnischen Landtags und der Verwaltung harrenden Aufgaben bedürften der moralischen und wirtschaftlichen Hilfe der Monarchie.

Nächste Sitzung morgen.

Rundschau im Auslande.

Der englische Generalpostmeister über die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 30. Januar. Auf einem Festmahl des Internationalen Journalistenverbandes hielt Generalpostmeister Samuel eine Rede, in der er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß vermutlich nichts geeigneter sein werde, die Leichtigkeit des internationalen Verkehrs zu heben, als die Herabsetzung der Gebühren für Preßtelegramme. Die Zeiten, wo Kriege zwischen großen Nationen als unvermeidlich angesehen wurden, seien glücklicherweise vorüber. Vor 25 Jahren sei Frankreich von einigen Leuten als Englands Erbfeind und Deutschland als sein engster Freund angesehen worden, während jetzt die Verhältnisse beinahe umgekehrt erscheinen könnten. Aufgabe der Journalisten sei es, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Anzeichen des gegenseitigen guten Willens, der erfreulicherweise jetzt zwischen England und Deutschland im Wachsen begriffen sei, besonders hervorzuheben. Sicherlich gebe es wenige Fragen, die den Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung mehr am Herzen lägen, als eine andauernde und aufgeschlossene Verbesserung der Beziehungen zwischen England und seinem deutschen Nachbar.

Bulgarien und die Türkei.

Sofia, 30. Januar. Der Finanzminister erließ gestern an die Zollbehörden ein Zirkular, dem zufolge ottomanische Provenienzen bis auf weiteres nach dem Generaltarif zu behandeln sind.

Sofia, 30. Januar. Die Sobranje hat heute ein stimmig eine Resolution betreffend die augenblickliche Unmöglichkeit eines definitiven Handelsvertrages mit der Türkei angenommen. Der Ministerpräsident und der Finanzminister erklärten, die gegenwärtige Lage dürfe nicht als Zollkrieg angesehen werden, und die Regierung würde erst dann zur Anwendung der Maximalzölle schreiten, wenn alle Bemühungen endgültig gescheitert seien, und wenn die Türkei den Differentialtarif auf bulgarische Herkünfte anwenden würde.

Der Grenzzwischenfall von Podwolotzyska.

Lemberg, 30. Januar. Die nach Podwolotzyska zur Untersuchung des dort am 26. d. M. vorgekommenen Grenzzwischenfalls entsandte Kommission hat folgenden Tatbestand festgestellt:

Am Abend des genannten Tages hatten zwei österreichische Gendarmen in Gemeinschaft mit dem Podwolotzyskaer Polizeiinspektor zwei aus Oesterreich ausgewiesene russische Staatsangehörige an die russische Grenze geleitet. Nachdem die beiden Ausgewiesenen den Grenzfluß Zbrucz überschritten hatten, wurden sie von den russischen Grenzwachsoldaten bemerkt. Durch einen Schuß des einen Soldaten wurde der eine der Ausgewiesenen am Fuße verwundet. Die russischen Grenzwachsoldaten hoben ihn auf und führten ihn nach Wolotzysk. Der andere Ausgewiesene zog sich auf das österreichische Ufer des Zbrucz zurück. Ein russischer Grenzwachsoldat überschritt schußbereit die Grenze. Als die österreichischen Gendarmen Halt geboten, leistete er der Aufforderung nicht Folge und legte auch das Gewehr nicht nieder. Infolgedessen machten die österreichischen Gendarmen einmal von der Feuerwaffe Gebrauch, ohne den fliehenden zu treffen. Die an der Grenze aufgestellten russischen Grenzwachsoldaten eröffneten ein Gewehrfeuer und gaben eine Anzahl Schüsse ab. Die österreichischen Gendarmen schossen noch einmal und zogen sich dann mit dem Polizeiinspektor und dem einen Ausgewiesenen in der Richtung auf Podwolotzyska zurück. Der Zwischenfall hat sich im Abendunkel abgespielt.

Der ständige Tarifausschuß in Washington.

Washington, 31. Januar. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz, das die Einrichtung eines ständigen Tarifausschusses vorsieht, mit 186 gegen 93 Stimmen angenommen.

Die Vereinigten Staaten und Kanada.

Washington, 31. Januar. Präsident Taft sagte auf einem Bankett zur Gedächtnisfeier des Geburtstages McKinleys, er erinnere an die letzten Aeußerungen seines ermordeten Vorgängers zu Gunsten der Reziprozität, die er am Tage seiner Ermordung in Buffalo getan. „Können wir nicht hoffen", fügte der Präsident hinzu, daß die Aenderung, die er befürwortete, bald in unserer nationalen Politik ihren Ausdruck finden wird, gegenüber unseren guten Nachbarn im Norden, die uns auf halbem Wege entgegengekommen sind?"

Zur Lage im Jemen.

Saloniki, 30. Januar. Zwei für Hodeida bestimmte Redifbataillone aus dem Wilajet Kossowo sind hier eingetroffen. — Bei einem Angriff auf die Türkenbefestigung Ebha in der Nähe von Hodeida verloren die Araber 600 Mann, während die türkischen Truppen, die sich tapfer schlugen, 150 Tote und Verwundete hatten.

Bau französischer Panzerkreuzer auf Privatwerften.

Paris, 30. Januar. Der Marineminister erklärte in der Marinekommission, es sei unmöglich, gegenwärtig auf den Staatswerften zwei neue Panzerschiffe zu erbauen; denn die Docks zu Brest und Lorient seien durch die Panzerschiffe Jean Bart und Courbet besetzt. Die Kommission nahm darauf den Gesetzentwurf an, der den Minister ermächtigt, im Jahre 1911 der Privatindustrie zwei Panzerkreuzer des Jean-Bart-Typs in Auftrag zu geben.

Kleinere politische Nachrichten.

In der Ersten niederländischen Kammer erklärte am Montag der Minister des Aeußeren, die englische Regierung habe den Vorschlag Deutschlands, die Entschädigungsansprüche deutscher Untertanen aus dem Burenkriege einem Schiedsgericht zu unterbreiten, abgelehnt. Der Minister erklärte weiter, er halte neue Schritte zu Gunsten der ehemaligen Angestellten der Südafrikanischen Eisenbahn nach den mit der englischen Regierung getroffenen Vereinbarungen nicht für nötig. — Die französische Regierung hat in der Kammer den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch welches verhindert werden soll, daß in der Champagne aus anderen Gegenden stammender Wein zur Herstellung von Champagner benutzt wird.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser besuchte gestern nachmittag — als am Sterbetage des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich-Ungarn — den Botschafter Grafen v. Szögyeny-Marich. Se. Majestät verweilte über eine Stunde auf der Botschaft.

* * *

* Ihre Majestät die Kaiserin empfing vorgestern mittag im hiesigen Königlichen Schlosse die Gemahlin des Kammerherrn v. Kurnatowski.

* * *

* Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz hat, wie aus Lucknow gemeldet wird, im Hause des Gouverneurs der United Provinces Wohnung genommen. Der Aufenthalt in Lucknow ist als Ruhepause vor dem offiziellen Besuch Kalkuttas gedacht.

* * *

* Die in Bombay erscheinende Times of India beschäftigt sich mit den freundlichen Bemerkungen in der Presse über die Zeit, die Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz in Indien dem Sport widme, und erklärt hierbei, wenn es dem Kronprinzen darum zu tun gewesen wäre, sich eine gründliche Kenntnis des Sanskrit und der Philosophie der Veden anzueignen, so hätte er kaum nötig gehabt, nach Indien zu kommen. Wenn er aber die Absicht habe, seinen Geschäftskreis zu erweitern und aus erster Hand die Zustände in Indien kennen zu lernen, so dürfte ihm ein Erfolg viel eher beschieden sein, so wie er es angefangen habe. Die glänzenden männlichen Eigenschaften, die der Kronprinz gezeigt habe, hätten ihm Bewunderung und Zuneigung genommen. Ueberall, wo er gewesen, habe der Kronprinz eine Stimmung hinterlassen, die wohl geeignet sei, nicht wenig zu besseren Gefühlen zwischen England und Deutschland beizutragen.

* * *

* Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin wird am 8. Februar von Alexandrien nach Neapel fahren, wo die Ankunft am 11. Februar erfolgen wird.

* * *

* Die Herzogin von Anhalt ist gestern vormittag 9 Uhr 53 Min., von Dessau kommend, auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen und Abends 8 Uhr 25 Min. wieder nach Dessau zurückgekehrt.

* * *

* Auf der deutschen Botschaft in Washington fand gestern ein Ball zu Ehren von Fräulein Helen Taft, der Tochter des Präsidenten, statt.

* * *

* Prinz Julius Ernst zur Lippe, Legationsrat an der deutschen Gesandtschaft in Bukarest, ist in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

* * *

* Wie die Karlsruher Zeitung meldet, ist der Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherr Marschall v. Bieberstein seit einigen Tagen an Lungenentzündung erkrankt.

* * *

k. Generalmajor v. Bockelberg-Bollard, Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Generalmajor Brodrück, Kommandeur der 1. Infanteriebrigade, Oberst Krüger, Kommandeur des Feld-Artillerieregiments Nr. 57, Oberst Gebhard, Kommandeur des Bayerischen 3. Ebevaulegersregiments, Oberst Hirsch, Kommandeur des Fuß-Artillerieregiments Nr. 15, Major v. Wulffen, Vorstand des Beleidungsamtes des 5. Armeekorps, sind in Berlin eingetroffen.

Major Gandtner, Abteilungskommandeur im Feld-Artillerieregiment Nr. 73, Major z. D. Krüger, zugeteilt der Fortifikation Königsberg, sind von Berlin abgereist.

Deutsches Reich.

* Gestern am 30. Januar ist von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts und dem britischen Botschafter ein Vertrag unterzeichnet worden, durch den die Auslieferung flüchtiger Verbrecher zwischen den deutschen Schutzgebieten und einer Anzahl britischer Protektorate, zumal in Afrika, geregelt worden ist.

* Nach der im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung, welche auf den Mitteilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. Dezember 1910 von den 31 Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten **Invalidenrenten** . . . . . 1 862 816.

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiederverlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen . 944 056,

so daß am 1. Januar 1911 liefen 918 760

gegen . . . 914 696

am 1. Oktober 1910.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten **Altersrenten** betrug . . . . . 492 994.

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen . . . 394 659,

so daß am 1. Januar 1911 liefen 98 335

gegen . . . 99 173

am 1. Oktober 1910.

Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (**Krankenrenten**) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt . . . . . 115 455.

Davon sind infolge Todes, Wiederverlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen . . 98 490,

so daß am 1. Januar 1911 liefen 16 965

gegen . . . 17 248

am 1. Oktober 1910.

Beitragserstattungen sind bis zum 31. Dezember 1910 bewilligt:

a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 2 109 632

gegen . . . 2 066 865,

b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind 6 519

gegen . . . 6 403,

c) an die Hinterbliebenen von Versicherten . 472 902

gegen . . . 464 716,

zusammen . . . 2 589 053

gegen . . . 2 537 984

bis zum 30. September 1910.

* Ueber den **Arbeitsmarkt** im Dezember 1910 gibt das Reichs-Arbeitsblatt folgende Uebersicht:

Die Lage auf dem Arbeitsmarkte hielt sich im Monate Dezember, wenigstens in dessen ersten Teile im allgemeinen auf der gleichen